

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unbenutzte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Quittungsbillett „Saale-Z.“ gestattet.

Verantwortl. Redaktions Nr. 1140; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Strombergbezirkter Jahrgang.

weder die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntmachung die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mt.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal. Redaktion und Druck-Verwaltung: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 501 u. 174.

Die Zunahme der Fideikommissionen.

Es ist eine auffällige und ernst zu beachtende Erscheinung, daß die Zahl der Fideikommissionen fortgesetzt zunimmt. Eben jetzt werden darüber bemerkenswerte Zahlen von der amtlichen „Stat. Korr.“ veröffentlicht. Danach bestanden in Preußen Ende 1907 1197 Fideikommissionen mit 2 300 333 Hektar, Ende 1908 aber bereits 1213 Fideikommissionen mit 2 378 068 Hektar. Von den 19 in diesem Jahre neu errichteten Fideikommissionen entfallen je fünf auf die Provinzen Posen und Schlesien, je zwei auf die Provinzen Westpreußen, Brandenburg und Pommern, je eins auf Ostpreußen, Sachsen und Westfalen. Man sieht, daß an dieser Zunahme ganz überwiegend die ostelbischen Provinzen beteiligt sind, die ja ohnehin die stärksten Großgrundbesitz aufweisen. Die auffällige Zunahme der Fideikommissionen scheint selbst der von der preussischen Regierung herausgegebenen „Stat. Korr.“ Sorge zu machen; sie meint, daß der im Jahre 1908 eingetretene starke Zuwachs nur eine Ausnahmeregung sei, denn wenn die Steigerung im gleichen Verhältnis wie 1908 fortwähren würde, so wäre in noch nicht hundert Jahren das gesamte preussische Staatsgebiet fideikommissionarisch gebunden. Die Annahme, daß es sich um eine Ausnahmeregung handelt, ist nur ein schwacher Trost. Natürlich ist nicht anzunehmen, daß schließlich das gesamte preussische Staatsgebiet fideikommissionarisch gebunden sein wird, aber es ist schon genug, wenn die Steigerung auch nur 10 Jahre noch in dem gleichen Maße fortsetzt, und immer mehr Grundbesitz in den Händen weniger Personen festgelegt und dem freien Verkehr entzogen wird.

Von der Gesamtfläche der Fideikommissionen entfallen 70,90 Proz. auf solche von mehr als 1000 Hektar Umfang und 29,10 Proz. auf die 29 sehr großen Fideikommissionen mit mehr als 10 000 Hektar Fläche. Die sämtlichen Fideikommissionen verteilen sich auf etwa 1000 Fideikommissionen. Die Fideikommissionen von 10 000 Hektar und darüber befinden sich mit dem größten Teil ihrer Fläche in dem Besitz von Inhabern aus regierenden oder landesherrlichen Häusern, während von dem Ueberrest der größere Teil auf fürstliche Familien entfällt, die nicht zum hohen Adel gehören. Von den Fideikommissionen entfallen 29 aus regierenden Häusern, 41 aus deutschen landesherrlichen Häusern, 20 aus sonstigen fürstlichen Häusern, 240 aus gäulichen Häusern, 525 gehören dem sonstigen Adel an, und nur 20 entfallen Bürgerlichen Familien. Letztere besitzen nur 821 Hektar fideikommissionarisch gebundenen Grundbesitz, während die 23 Inhaber aus regierenden Häusern allein 204 077 Hektar ihr eigen nennen. Im ganzen befindet sich der 15. Teil des preussischen Staatsgebietes in den Händen von tausend Großgrundbesitzern.

Je mehr die Fideikommissionen durch das Fideikommissionenwesen bezogen werden, um so schlimmer sind die nachgehenden Geschwister daran. Allerdings ist es bei den Verbindungen des Fideikommissionens immer möglich, eine Anzahl im Offizierdienst, in Verwaltungsstellen oder am Hofe unterzubringen. Je mehr aber die Fideikommissionen zunehmen, desto schwieriger wird es, alle Söhne, Vettern und Neffen in solcher Weise zu versorgen, ohne schweres Unrecht gegen andere Klassen der Staatsbürger. Damit wächst jenes oblige Proletariat in immer größerem Umfange heran, dessen stolze Namen in gleichem Widerspruch stehen zu den Einkommensverhältnissen und sozialen Stellungen der einzelnen.

Von liberaler Seite wird das Fideikommissionenwesen im Interesse des Gemeinwohles bekämpft. Wiederholt ist im Reichstag beantragt worden, eine gesetzliche Regelung dahin herbeizuführen, daß der durch Familienfideikommission an Grund und Boden gebundene Besitz in freies Eigentum umgewandelt und die Gründung neuer Fideikommissionen verboten wird. Ein Erfolg ist in dieser Richtung bisher nicht erzielt worden. Aber die Bemühungen müssen fortgesetzt werden, wenn eine bedrohliche Schädigung des Staatswesens verhütet werden soll.

Deutsches Reich.

Die dementierte Kaiserzusammenkunft.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: „Aus Cronberg im Taunus sind Gerüchte in die Presse gelangt, wonach ein Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs auf Schloß Friedrichshof bevorstehen soll. Sinngestuft wurde, daß dort eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland, vielleicht auch mit Seiner Majestät dem König von England erfolgen könnte; nach früheren Meldungen sei für eine deutsch-rußische Monarchenbegegnung Wiesbaden in Aussicht genommen.“

Wir möchten feststellen, daß alle diese Angaben müßige Kombinationen sind. Richtig ist, daß bei der Ankunft auf deutschem Boden Kaiser Nikolaus ein herzlichliches Telegramm an Kaiser Wilhelm richtete, das in ebenso herzlicher Weise erwidert wurde.“

(Derartige Monarchenbegegnungen werden — bevor sie tatsächlich stattfinden — stets zwei- bis dreimal offiziös dementiert; das gehört zum Geschäft. Nach jedem Dementi in der „N. M. Ztg.“ nimmt erfahrungsgemäß die Wahrscheinlichkeit der Begegnung zu.)

Das neue Reichsamt.

(Von unserem juristischen Mitarbeiter.)

Man mag es oft über die mangelnde Einheitsart in der deutschen Rechtsprechung, nicht ganz mit Unrecht. Es beruht ohne jede Frage keine unbegründete Einheit in der Auslegung unserer Gesetze. Das ist aber weder Schuld der Richter noch etwa Schuld der Gesetze.

Ein gutes Gesetz muß „räumlich“ beherrschbar sein. Das heißt: es muß auf möglichst viele Fälle anwendbar sein. Dabei aber soll es „inhaltlich“ so wenig beherrschbar sein, wie es möglich ist. Das heißt: es soll unabweislich, frei von jedem Doppelsinn sein. Diese beiden Kardinalforderungen sind sehr, sehr schwer miteinander in Einklang zu bringen. Je mehr die eine Forderung erfüllt wird, um so schlimmer steht es, ganz erklärlicherweise, um die andere. Eine gesetzgebende Versammlung muß notwendigerweise um so mehr an Klarheit verlieren, je mehr sie an Allgemeingültigkeit gewinnt, d. h. je mehr Fälle sie berechnen ist. Ein bayerischer Jurist hat einmal gesagt: „Je dünner die Gesetzblätter sind, um so dicker müßten die Prozeßbogen sein.“ Und daran ist eben etwas richtiges.

Nun sind ja die meisten unserer Reichsgesetze keineswegs etwa unklar abgefaßt. Im Gegenteil! Die Gesetzgeber haben, eben um Doppelsinnigkeiten und Auslegungsspielräume zu vermeiden, auf die sprachliche Ausgestaltung meistens sehr großen Wert gelegt. Aber die Praxis hat ergeben, daß das richtige Verständnis der sprachlichen Eigenart des Gesetzes, das allerdings die einzige Garantie für eine richtige Auslegung ist, in jedem einzelnen Fall ein so eingehendes Spezialstudium erfordert, wie man es von unsen an sich schon häufig überlasteten Richtern nicht verlangen kann.

Das letzte Wort in Auslegungssdingen spricht nun heute bei uns das Reichsgericht. Zum großen Bedauern des Publikums, denn der Weg durch die Instanzen kostet Geld. Nun hat sich allerdings in den gesammelten Reichsgerichtsentscheidungen schon eine Art von Auslegungsbuch für die Richter herausgebildet. Bindende Ausweisungen gibt es natürlich nicht. Aber der Richter, der von vornherein weiß, wie das Reichsgericht in den vorliegenden Fall urteilen würde und der also auch weiß, daß es ein Urteil, das einen anderen Standpunkt einnimmt, glatt umwerfen würde, wird sich natürlich in den meisten Fällen an die Reichsgerichtsentscheidungen halten. Aber die Entscheidungen „verlangen“ sehr oft, d. h. es treten immer wieder Fälle ein, die noch nicht vom Reichsgericht berührt worden sind. Das Leben bringt ja immer neue Varianten und Spielarten.

Da hört man denn mit großer Befriedigung, daß in höheren Richterkreisen der Plan einer Eingabe an das Reichsjustizamt erwogen wird, in der die Errichtung eines neuen Reichsamtes, eines Reichsamtes für Gesetzesauslegung, erbeten werden soll. Durch die Entscheidungen dieser neuen Behörde sollen die Richter in allen entsprechenden, zweifelhaften Fällen eine bindende Direktive erhalten.

Die Errichtung dieses Reichsamtes, würde eine Tat bedeuten, durch die das Justizamt der deutschen Rechtsprechung ungemessen fördersich sein würde. Richter und Publikum würden dafür gleichen Dank wissen. Die erbeten, weil sie eines nicht unwesentlichen Teiles ihrer schweren Verantwortung entbunden wären, das letztere, weil ihm der verhasste teure Instanzenweg in Fällen, wo er heute nicht zu umgehen ist, jedenfalls erspart bleiben würde.

Die Baderur der Jarin.

Wie uns ein Privattelegramm der „S. Z. A. M.“ aus Nauheim berichtet, wird die Jarin morgen mit ihrer Baderur beginnen.

Ueber einen Zwischenfall bei der Abreise der Jarin-Familie berichtet der Petersburger Korrespondent des oben genannten Berliner Blattes: Die Abreise der Jarin-Familie war auf Sonnabend nachmittag halb sieben Uhr festgesetzt. Der Reiseplan auf der ganzen zu befahrenden Strecke war durch Geheimordner der beteiligten Behörden angezeichnet. Jeder Stationsvorsteher, alle Grenzbehörden, vor allem die gesamte Polizei und Gendarmarie von Petersburg bis Darmstadt-Friedberg haben diesen Geheimbefehl erhalten. In den Frühstunden des Sonnabends kam eine Telegramm-Verbindung aus Deutschland, die die Beschiebung der Abreise um zwölf Stunden kategorisch verlangte. Ob aus einwandfreien Gründen Schwierigkeiten, ob aus Gründen der Sicherheit und Vorsicht, ist hier nicht bekannt. Sicher ist nur, daß hier diese Dienstmeldung auf das ganze Heer der Beamtenchaft wie eine Bombe gewirkt hat. Alles war ratlos, denn die Zeit war zu weit vorgeht, und die verlangte Aenderung aller Vorschriften noch rechtzeitig weiterzuleiten. Die zufällige Anwesenheit eines jüngeren Mitglieds der russischen Botschaft in Berlin, der sich auf Urlaub hier befand, brachte Rettung. Er übernahm es freiwillig, seinen Urlaub zu unterbrechen und, weil mit den deutschen Verhältnissen wohl vertraut, sofort vorauszureisen und die Verantwortlichkeit für die richtige Ausführung der Dispositionsänderungen zu tragen.

Ist ein Privatbeamten-Streik möglich?

Die Frage, ob mit dem Fortschreiten der Organisation der Berufe und Stände zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen nach dem Vorbild der Arbeiterchaft auch die Merkmale der Kampfesweise vieler Klasse übernommen werden könnten, ist in der letzten Zeit vielfach erörtert worden. Die Möglichkeit, daß bald auch einmal die Beamtenkreise zu einem Streik kommen, ist in der Öffentlichkeit in einer Korrespondenz kritisch zum Ausdruck gebracht worden. Es dürfte als ausgeschlossen anzusehen sein, daß öffentliche Beamte von diesem Mittel jemals Gebrauch machen werden. Hinsichtlich der Privat-Beamten äußert sich hierüber ein sehr beachtenswerter Artikel der „Privat-Beamten-Zeitung“, des Organs des Deutschen Privat-Beamten-Vereins in Magdeburg, welcher letzterer um so mehr zu einem maßgebenden Urteil über diese Frage berufen ist, als ihm etwa 25 000 Privatangestellte angehören.

Der Aufsatz gibt zunächst eine Charakteristik und die Ursache des Streiks an und hebt hervor, daß für die befristeten physischen Arbeiter der Streik eine wirksame Waffe im wirtschaftlichen und sozialen Kampfe und das gegebene Mittel für die Durchführung ihrer Forderungen sein können. Er stellt dann eine Untersuchung darüber an, ob ein Streik der Privatbeamten oder einzelner Berufe dieses Standes Aussicht auf Erfolg haben würde. Derartige Untersuchungen seien schon an sich geeignet, ein wenig wünschenswertes Moment in das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitgeber zu bringen. Ferner sei aber entschieden zu verneinen, daß der Streik als Kampfmittel zur Befreiung seiner Lage für den Privatbeamten überhaupt geeignet sei. Diese Ansicht wird hauptsächlich damit begründet, daß die Unterschiede zwischen dem Charakter der vorliegenden geistigen Tätigkeit leitenden Privatbeamten und dem der Handarbeiter, der Lebens- und Dienstverhältnisse beider ganz verschieden und ein erheblicher Teil der Privatbeamten keiner Bildung und sozialen Anschauung entsprechend sich überhaupt nicht verstehen würde, sich proletarischer Kampfesweise zu bedienen.

Es liege im wohlverstandenen Interesse des Privatbeamten, wenn er nicht mit brutaler Gewalt einseitig seine Forderungen durchzusetzen suche, sondern in Uebereinstimmung mit dem Arbeitgeber und der Befreiung seiner Lage arbeite, auf dessen Seite er auch seiner sozialen Stellung nach stehen sollte. Um die an und für sich schon täglich härter sich ausprägenden Gegensätze im wirtschaftlichen Leben nicht noch schroffer auszugestalten, sei zu wünschen, daß unter den Privatbeamten die Gedanke an ein bearrigtes Kampfmittel nicht Platz greife.

In der Fortwärtigen Spionageangelegenheit

hat das Reichsgericht einen Antrag der beiden verhafteten Engländer French und Brandon auf Haftentlassung abgelehnt. Ein Leipzig wird hierüber geschrieben:

Auf Grund eingehender Informationen an maßgebender Stelle des Reichsgerichts wird von der „Sächsischen Korrespondenz“ mitgeteilt, daß der Prozeß seinen gerichtsverfahrensmäßigen Gang geht. Die Prüfung der Akten über die vom Amtsratshaus erhobene Untersuchung durch die Reichsanwaltschaft hat genügende Verdachtsmomente ergeben, die eine Anklage rechtfertigen. Deshalb ist der auf Haftentlassung gerichtete Antrag der beiden Engländer abgelehnt und ihre Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis beim Landgericht Leipzig angeordnet worden. Die Reichsanwaltschaft wird sofort nach Beendigung der Gerichtsakten die Akten mit ihren Anträgen dem I. Strafsenat des Reichsgerichts übermitteln, der zu befinden hat, ob das Hauptverfahren gegen die Angeklagten eröffnet werden soll. Erst auf Grund eines Beschlusses dieses Senats wird dann der vereinigten I. und III. Strafsenat des Reichsgerichts als erkennendes Gericht in den der Zuständigkeit des Reichsgerichts unterstehenden Strafsachen in der Anklage selbst zu urteilen haben.

Vor Ausländern verschlossene Türen.

Aus Warneunichen wird berichtet: Die russische Regierung hat einige Herren hierher geschickt, um die Industrie nach Rußland zu verpflanzen! Auf eine Warnung des „Obervogelzug-Anz.“ fanden aber die russischen Herren verschlossene Türen, und dies ist nur richtig, denn der Ort würde ja direkt zur Erziehung der Auslandsfonturieren beitragen, würde er Einblick in die Verhältnisse gestatten. Das gleiche Verhalten ist auch anderen Industriebezirken gegenüber Ausländern zu empfehlen.

Parteinachrichten.

fortschrittliche Volkspartei und Reichs-Versicherungsordnung.

In der Zeitschrift „Die Betriebskrankenkassen“, Organ des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskassen, ist kürzlich in einem Artikel „Fortschrittliche Volkspartei und Betriebskrankenkassen“ die Haltung der Fortschrittler in der Arztfrage scharf kritisiert worden. Da. Cuno antwortet jetzt auf diese Angriffe kurz und sachlich wie folgt:

„Die fortschrittliche Volkspartei denkt nicht daran, einseitig Interessen der Ärzte oder gar das Leipziger Verbot zu verteidigen. Aber ihre Vertreter haben allerdings die Notwendigkeit betont, im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege an die Zukunft des ärztlichen Standes zu denken. Je weiter der Kreis der Versicherten ausgedehnt wird, um so mehr



entheimfallen würden. Durch diese Bekanntschaft über aber den Bewohnern des schon so überaus schmalen Grabsweges Ost und West in beständiger Weise genommen. Aus Ost und West, wie auch aus allgemeinen Gründen fälschlicherweise Natur ist eine Verengerung der Friedhöfe nötig. Die Verengung stimmt dem Vorschlag zu. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

2. Für die Gräberstraße waren bisher nur auf einer Seite der Südseite Vorarbeiten vorgefallen. Um der nur 10 Meter breiten Straße etwas mehr Luft und Licht zuzuführen, hat der Magistrat noch weitere Vorgärten projektiert. Die Verengung erklärt sich damit einverstanden. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

3. Der Magistrat hat in Uebereinstimmung mit dem Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes sich mit dem hochwichtigen vorgeschlagenen Erweiterung der Fleischerei des Schlachthaus auf dem Schlacht- und Viehhofe einverstanden erklärt. Die Verengung schließt sich an. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

4. Der Handelsmann Hermann Müller hier errichtet auf seinem Grundstück Fleischerstraße 27 einen Neubau in der planmäßigen Friedhöfe. Nach dieser errichtet ein 11 Quadratmeter große Parzelle von dem Grundstücke zur Straße. Herr Müller hat sich bereit erklärt, das Land gegen die ihm vom Magistrat gebotene Entschädigung von 40 Mark pro Quadratmeter an die Stadtgemeinde abzutreten und aufzulassen. Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

5. Der Kaufmann Heinrich Gebhardt hat auf seinem Grundstück Steinweg 15 einen Neubau in der planmäßigen Friedhöfe errichten lassen. Nach dieser errichtet ein ca. 3 Quadratmeter große Parzelle von dem Grundstück zur Straße. Der Magistrat hat das Land mit 65 Mk. pro Quadratmeter bewertet. Herr Gebhardt ist bereit, die Fläche zu diesem Preise der Stadtgemeinde zu übereignen. Die Verengung stimmt zu. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

6. Am 1. Oktober 1909 find dem städtischen Amte außer dem in 3. Stockwerke des Stadthauses befindlichen Räumchen noch 2 Zimmer — Nr. 25 und 26 — des Verwaltungsgeschäftes, Schmeerstraße 1, überwiehen worden. Um in letztere zu gelangen, muß zurzeit der ein Stockwerk tiefer gelegene Durchgang nach Schmeerstraße 1, der Korridor des Rechtsanwaltsbüros benutzt werden. Hierdurch entsteht nicht nur Zeitverlust, sondern es ist auch unangenehm, die bezeichneten Zimmer dauernd zu kontrahieren. Auf Antrag der städtischen Deputation hat der Magistrat daher beschlossen, zwischen dem 3. Stockwerke des Stadthauses und dem 3. Geschosse des Verwaltungsgeschäftes Schmeerstraße 1 eine Verbindungstreppe herzustellen und dieselben Kosten dem gemeinwirtschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen. Die Verengung stimmt zu. (Ref. Herren St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. u. H. m. a. n.)

7. Mein Haushaltsplan des Schlacht- und Viehhofes für 1909 sind folgende Ueberschreitungen eingetretet: a) Schlachtsof. für Unterhaltung der Kessel, Maschinen usw. 593 Mk., Beitrag an den bewirtschafteten 30 Mk., für Arbeitslohn im Bureau 232,50 Mk., Beitrag zu den Pensionen der Witwen und Waisen der hiesigen Beamten 4,96 Mk., für Schreibmaterial, Druckkosten usw. 67,31 Mk., Vergütung für den Ankauf des Schlachthofes an das Fernprekariat 22,49 Mk., allgemeine Betriebskosten 162,19 Mk., Vergütungen an die Trichinienkauer 483,50 Mk., Arbeitslohn 2184,44 Mk., Versicherung der Angestellten und Arbeiter 690,48 Mk., für Energie zu Beleuchtungs- u. Zweck 1167,83 Mk., für Kohlenliefe, Gießmaschinen usw. 296,13 Mk., Kesselheizung 1159,40 Mk., Materialkosten für die Reinigungsapparate 20,71 Mk., Beitrag an den Viehhof zu den Unterhaltungs- u. Kosten des Bahnanschlusses 570,00 Mk., Pferd und Wagen 10,50 Mk., zusammen 7709,17 Mk. b) Beitrag an den Schlachthof zu den gemeinwirtschaftlichen Verwaltungs- und Betriebskosten 182,50 Mk., Vergütung der Arbeiter 17,73 Mk., für elektr. Energie 2,75 Mk., Materialverbrauch 38,45 Mk., Unterhaltungs- u. Kosten des Bahnanschlusses 654,89 Mk., zusammen 886,85 Mk.

Die Verengung genehmigt die Ueberschreitungen. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

8. Im Rechnungsjahre 1909 find beim Etat des Elektrizitätswerks folgende Ueberschreitungen eingetretet: Geldverfugung für den Rendanten der Kasse 50 Mk., ledigliche Hilfskräfte 210,24 Mk., Hilfskräfte im Bureau 1088,25 Mk., Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 625,25 Mk., Anteil an den Pensionen der Witwen und Waisen hiesiger Beamter 64,81 Mk., Schreibmaterialien, Druckkosten usw. 122,73 Mk., Benutzung der Fernprekariatung 20,89 Mk., einmalige außerordentliche Erweiterungen an den Gebäuden und Kesseln 2361,36 Mk., Unterhaltung und Erneuerung der Kessel, Maschinen usw. 627,61 Mk., Erneuerungsgesellschaft an die Konfolidierte Halleische Wasserwerk 1000 Mk., Zinsen für das Betriebskapital 1820,03 Mk., Schmier-, Öl-, Reinigungs- und Dichtungsmaterialien 1900,82 Mk., Beleuchtung 0,55 Mk., Lager- und Hausanschlässe 1202,36 Mk., Zinsen für das zur Erweiterung des Werks überlassene Bienenland (14 1/2 ha) 2831,20 Mk., Tilgungsrate auf den gestundeten Grundschuldwert 707,90 Mk., Gewerbesteuer 1104,86 Mk., Summe: 22 506,63 Mk.

Die Verengung bewilligt die Nachforderungen. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

9. Die im Rechnungsjahre 1909 beim Etat des Hospitals mit 2164,78 Mk. eingetragenen Ueberschreitungen werden nachbewilligt und zwar 1171,39 Mk. aus den Einkünften von 1909 und 993,39 Mk. aus den im Rechnungsjahre 1910 zu erwartenden Einnahme-Überschüssen. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

10. Bei der Ausführung von Umbauarbeiten in den alten Magazinträumen des Stadtkommissars ist eine Herausgabe von 874,48 Mk. entstanden durch folgende Arbeiten, für welche Mittel im Kostenanschlag nicht vorgesehen waren: 1. Zwei Türen in der Frontmauer des Magazintrames in Fenster umgeändert. Durch die Anlage einer größeren zweiflügeligen Tür zur Transportierung von Requisiten und Verlastungen von alten Magazinträumen nach dem neuen Magazingebäude waren die kleinen Türen überflüssig geworden. Die Uänderung derselben in Fenster erleichtert die Abhaltung von Zugluft im Magazinträume und vor besseren Warmhaltung derselben. 2. Verlegung eines Substrantes. Die Verlegung wurde erforderlich, weil aus technischen Gründen die große Tröpfung in der Trennungswand zwischen Büfene und Magazinträume weiter leitungslos sein muß, als es sein konnte. 3. Der Dienenloshofen des früheren Probefrauses war anstehend verlegt. Die Uänderung des Probefrauses in ein Gewerbeschonig an der Uänderung ein Kostenanschlag vorgesehen. Gerabebung des Probefrauses. Zur Erhöhung der Feuerfestigkeit wurde aber von der Verwendung des alten Holzfußbodens abgesehen und ein Betonfußboden angebracht. 4. Anbringung von Schutzhältern am neuen eisernen Schieber. Die Anbringung der Schutzhälter erfolgte, um die durch das Schieber

vor verminderten Wandflächen zur Anlehnung von Aufstellrücken wieder nutzbar zu machen. 5. Feuererlegung des Oberlichtes im neuen Probefraus. Die alte 4/4 bzw. 6/4 Verglasung ließ, da zum größten Teil die Scheiben gesprungen waren, Wasser durch. Auch waren die Scheiben fast vollständig blind und die Kitzfläche unbrüht geworden. Im das Theaterpersonal vor Unfallsfällen, welche durch herabfallende alte Scheibenbruststücke vorkommen konnten, zu schützen und um mehr Licht in den Probefraus zu bekommen, war es notwendig, die alten Scheiben herauszunehmen und den polizeilichen Vorschriften entsprechend durch Drahtglas zu ersetzen. Bemerkte sich noch, daß die Fenster des Probefrauses durch Aufhebung einer provisorischen Scheibe jetzt verlegt werden, sobald, wenn die blinde Scheibe nicht herausgenommen werden, der Probefraus am Tage halb dunkel sein würde. 6. Die Mehrkosten sind auf folgenden Umständen zurückzuführen: Die Mittel zur Ausführung der Instandsetzungsarbeiten kamen erst, nachdem die Proben bereits begonnen hatten, zur Verfügung. Um Störungen zu vermeiden, mußte mit vielen Unterbrechungen, vor oder nach den Pausen, sogar des Nachts gearbeitet werden. Die Verengung erklärt sich damit einverstanden, daß die Herausgabe von 874,48 Mk. aus den Ueberschüssen des Rechnungsjahres 1909 gekehrt wird. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

11. Für die Ausarbeitung des Hauptentwurfs zur Erbauung eines Reform-Rechnungsmuseums sind durch Gemeindefestbeschlüsse vom 1. bzw. 18. Oktober 1909 aus der Anteile 2000 Mk. bewilligt worden. Die tatsächlichen Kosten der Ausarbeitung betragen aber 2347,49 Mk. Der Mehrbetrag von 347,49 Mk. wird aus der Anteile nachbewilligt. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

12. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. berichtet über den Antrag:

### Unterstützung für die Veteranen.

Der Magistratsantrag lautet: Wiederholt ist in der Presse sowie in Kommunalvereinen die Anregung gegeben worden, bei der 40jährigen Wiederkehr des Jahrestages der Schlacht von Sedan den bedürftigen Veteranen aus dem französischen Kriege bzw. den vorangegangenen Kriegen von 1864 und 1866, eine Unterstützung aus städtischen Mitteln zu gewähren. Bei der insolgebevorzugten Magistrat vorzuziehenden Beratung der Angelegenheit hat er nach wie vor daran festhalten müssen, daß der vorbestimmte vorgeschlagene Betrag der Gemeinde-Einkommensteuer gesetzlich unzulässig ist. Obenonweit kann er empfehlen, wie im Jahre 1901 bei der Unterstützung des Kaiser-Ordens eine einmalige Unterstützung von etwa 25 Mk. an die Zahl von fast 600 angewachsenen bedürftigen Veteranen aus dem Landwehr-Darlehens-Hilfsleistungsfonds zu gewähren. Vielmehr erscheint es ihm angemessener, diesen zurzeit fast 24 000 Mk. enthaltenden und in seinen Zinsen für außerordentliche Unterstützungen von Veteranen verwendeten Fonds nicht nur für diesen Zweck zu erhalten, sondern möglichst zu vergrößern. Infolgebevorzugt erkläre er um das Einverständnis der Versammlung, daß diesem Fonds aus den nächsten Sparkassen-Ueberschüssen ein Betrag von 8000 Mk. zugeführt und in seinen Zinsen zu vorgedachten Zweck verwendet wird.

Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. meint: Wie sympathisch der Antrag des Magistrats auch sei, so gebe er doch nur geringen Anteil in die Hand. Mit 1600 Mk. Zinseszins läßt sich bei der jetzt hohen bedürftigen Veteranen nicht viel annehmen. Man solle sich nachher Steuererleichterung für die bedürftigen Steuerzahler als 1911 gewähren. Redner beantragt das. Andere Städte haben Ähnliches beschlossen.

Herr Bürgermeister v. H. o. l. l. y. erklärt, solcher Steuererleichterung sei nicht gefällig. Man könnte in jedem einzelnen Fall veranlassen und hernach die Steuer zurückgeben. Aber das empfehle ich auch nicht. Wer in einer niedrigen Steuerstufe ist, erhält dann weniger zurück als der, der in einer höheren Stufe steht. Das sei doch nicht gerecht; auch seien die Beträge 3. R. für Einkommen von 900 Mk. zu gering; sie betragen nur 6,68 Mk.

Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. wendet sich gegen den Vorschlag des Herrn v. H. m. a. n. der Ungerechtigkeiten schaffen würde. Auch der Antrag des Magistrats diene den Veteranen so gut wie nichts. 600 Veteranen gäbe es in Halle, 200 mindestens seien hilflosbedürftig. Was solle es da heißen, wenn man jetzt den Fonds um 6000 Mk. vergrößere, d. h. den Zinsabwurf gerechnet, 1/2 Mk. pro Kopf bewilligen. Redner behauptet, bei der Verteilung der Unterstützung werde doch das politische Moment wieder ausschlaggebend sein. Im übrigen wünsche er keine Renouveau dieser, die am Festzug teilgenommen haben, sondern allen Bedürftigen solle man geben.

Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. hat den Betrag von 1600—2000 Mk. anlässlich der Zahl der bedürftigen Veteranen für viel zu gering. Man solle doch die Spenden von jenem Fonds so bemessen, daß der Fonds allmählich aufgebracht wird, mit dem Aussehen der Veteranen.

Herr St. v. H. m. a. n. zieht seinen Antrag zurück und beantragt, nicht 6000 Mk., sondern 16 000 Mk. zur Vergrößerung des Fonds zu bewilligen.

Herr St. v. H. o. b. e. r. unterstützt den Antrag Neuz und will die Vorlage zurückgeben.

Herr Bürgermeister v. H. o. l. l. y. hält den Antrag nicht für praktisch durchführbar. Es seien nicht alle 600 Veteranen bedürftig. Es handle sich auch vielfach um Veteranen, die in Halle zugezogen sind; vom Lande her, wo nichts gegeben wird, sind dieselben die Leute in die Großstadt gewandert. Man solle nicht vergessen, daß das Reich für die Veteranen zu sorgen hat.

Herr St. v. R. o. b. e. r. bittet, nur die Zinsen zu verteilen, den Fonds aber ganz zu lassen.

Herr St. v. H. o. b. e. r. meint, man solle sich mit einer Rentenversicherungsgesellschaft in Verbindung setzen und von ihr Offerten einholen.

Herr St. v. S. i. e. m. e. n. s. spricht sich auch im Sinne des Herrn Robe aus und wünscht die Hälfte des Betrages zur Beschaffung von Rekruten anzuwenden zu sehen.

Herr St. v. B. r. a. u. e. r. meint, in 10 Jahren seien die meisten Veteranen gestorben. Da könne auch das Kapital aufgebraucht sein; für die überlebenden paar Veteranen könne man dann aus laufenden Mitteln bewilligen. In 10 Jahren seien 4 000 Mark einfließlich der Zinsen in 10 bis 12 Jahre eingekauft zu werden. Redner formuliert einen derartigen Antrag.

Herr Bürgermeister v. H. o. l. l. y. erklärt, daß nachmals auch Uänderungsanträge. Man möge sich doch immer wieder vor Augen halten, daß das Reich für die Veteranen zu sorgen hat. Wir würden bei Annahme solcher Anträge harten Zug von Veteranen bekommen, die Unterstützung von uns haben wollen. Keine Stadt sei auch nur entfernt will freigeigig gewesen, wie die Herren Robe, Brauer usw. wollen.

Herr St. v. S. c. h. m. i. d. t. K. i. m. p. l. e. r. hält den Magistratsantrag für den wichtigsten und vertritt den gleichen Standpunkt wie Herr Bürgermeister v. H. o. l. l. y.

Alle Uänderungsanträge werden schließlich abgelehnt. Der Antrag Brauer gegen eine starke Minorität.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

13. Für die Wohnungszählung am 1. November d. J. werden die auf 1500 Mk. berechneten Kosten aus dem gemeinwirtschaftlichen Dispositionsfonds bewilligt. (Ref. Herr St. v. H. u. G. r. e. l. e. r.)

14. Durch Beschluß vom 20. Mai 1910 hat die Stadtverordnetenversammlung sowohl mit der bemächtigten Stromerzeugung der Halleischen Straßenbahn durch das

### Halleische Elektrizitätswerk

als auch mit der Bestellung der hierzu erforderlichen Einrichtungen einverstanden erklärt, gleichzeitig aber eine Vorlage über die für diese Leistung zu berechnenden Preis festzusetzen. Die insolgebevorzugten Kuratorium des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn-Deputation geführten Verhandlungen haben dahin geführt, für die zu liefernde Energie einen Preis von 6 Pfennig pro Kilowattstunde zu vereinbaren. Aus den von dem Leiter des gedachten Werkes unter dem 20. Juni 1910 ausgeführten Gründen hält der Magistrat diese Festsetzung für angemessen und beantragt daher, ihr zuzustimmen zu wollen. Der Magistrat bemerkt dazu, daß die neue Einrichtung bereits die Beschleunigung der Landkommunikation beschleunigen wird, eine Beschleunigung der Beschleunigung, weshalb mündenswert ist, weil die Preisfestsetzung eine wesentliche Unterlage für den vom 1. Januar 1911 bis 31. März 1912 aufzustellenden Etat des Bahnhinternehmens bildet. Auch weist er darauf hin, daß er sie nicht dauernd oder auf längere Zeit, sondern zunächst nur für den vorgedachten Zeitraum fixiert zu sehen wünscht und ihre spätere Uänderung für den Fall vorbehält, daß sich aus der Praxis ein Irrtum in der Berechnung ergeben sollte. Die Verengung genehmigt den Antrag, fest aber nach dem Antrag des Herrn St. v. H. u. G. r. e. l. e. r. auf 7 Pf. fest. (Ref. Herr St. v. S. i. e. m. e. n. s.)

Punkt 15 fällt aus.

16. Der Handelsrätereibesitzer Karl Bräter, Feldstr. 14, bittet um Verbesserung der Zufahrts- und Zugangs-Gebühren zu seinem Grundstück.

Die Verengung bewilligt Uebergang zur Tagesordnung. (Ref. Herr St. v. K. e. l. a. r. d. t.)

### Obsternteausichten.

Die Obsternteausichten bei der Landwirtschaftskammer zu Halle a. S. beurteilt neuerdings unter Berücksichtigung der Bedeutung der einzelnen Betriebsorte für den Obsternte die Obsternteausichten für die Provinz Sachsen in der nachfolgenden Weise:

Es darf erwartet werden eine gute Ernte in Weizen, ein mittelmäßige, insbesondere auch gute in Weizen, Weizen und Weizen, eine befriedigende in Weizen und Weizen, Weizen und Weizen geben an den meisten Stellen eine ganz geringe Ernte, in manchen Bezirken findet sich auch ein reicher Zwischenanbau Weizen sehen hellenweise fast ganz. Die Früchte sind durchschnittlich schon entwickelt, leider wird zu früh geerntet. Die Ernte der Winterernte fruchtig. Die Nachfrage nach Obst bei der Obsternteausichten übersteigt das Angebot. Obsternteausichten bei der Provinz Sachsen in der Provinz Sachsen. Die Ernte an Weizen und Weizen ist eine reichliche, die in Weizen überreich. Unterdessen bleiben die Preise hoch. Während im vergangenen Jahre feste Tafelbirnen 2 bis 5 Mark pro 50 Kilogramm kosteten, sind dort für die Tafelbirnen, die „Petersbirnen“, 10 bis 12 Mark erzielt, im einzelnen ist der Preis für 30 Mark gebracht. Besonders schön ist in diesem Jahre die Färbung der Früchte. Bei der besten Tafelbirnen, dem Schönen von Westphalen, ist zu beklagen, daß es demartig gerillt ist, daß es kaum möglich sein wird, von 100 Zentnern einen Zentner Tafelobst zu auszuportieren.

Die Berliner „Minerva“ in Halle. Der kommende Sonntag bringt in dem Zusammenfall unserer Oper mit der Berliner Minerva bereits ein zweites erstklassiges Spiel auf dem neu eröffneten Sportplatz am Zoo. Der Kampf wird nicht nur an sich rege Interesse finden, weil Minerva eine vorzügliche Elf besitzt, sondern besonders werden diejenigen, die sich durch das unentschiedene Wetter von einem Besuche des Einmehlsplatzes haben abhalten lassen, ganz die Gelegenheit wahrnehmen, sich die vorbildlichen in der Presse allseitig anerkannten Einrichtungen anzusehen.

Der Lehrverein der Ungedungen von Halle a. S. hält am Sonnabend, den 10. Sept. 2/4 Uhr nachm., im „Schultheiß“, Vorträge, eine Hauptversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Lehrling Koch in Halbesee über die Arbeitslohn; 2. Vortragsanträge; 3. Beschlüsse.

Verband der Lehrer-Emertien des Regierungsbezirks Merseburg. Die diesjährige Generalversammlung im „Schultheiß“ zu Halle war gut besucht. Mitglieder aus ca. 15 Orten des Regierungsbezirks nahmen daran teil. Es wurde die Uänderung einer neuen Statuten beschlossen, die Pensionen bis 1500 Mk. um 20 Proz., bis 2000 Mk. um 20 Proz., und die über 2000 Mk. um 10 Proz. zu erhöhen und außerdem noch eine besondere Uänderung wegen der früher außerordentlich häufigen Pensionenbewilligungen zu gewähren. Der bisherige Vorstand mit dem Ehepaar in Halle wurde einstimmig wiedergewählt und dem Kassier Entlassung erteilt. Es wurde sodann Bericht erstattet über Antworten aus dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus auf die Pension, die Pension der sogenannten Pensionisten angestrichelt der Uänderung der Bezüge der öffentlichen Lehrer zu erhöhen. Die Unterrichtsminister hat sich eingehend mit der Pension beschäftigt, die bei sämtlichen Mitgliedern aller Parteien warme Befürwortung, auch im Plenum des Hauses, gefunden hat. Allseitig wurde anerkannt, daß die pensionierten Lehrer, die vor dem Inkrafttreten des neuen Beschlusses (1. 4. 08) in den Ruhestand traten, mit ihren Bezügen außerordentlich schlecht gestellt sind, verglichen mit den jetzt zu zahlenden Pensionen. Die Vertreter der Staatsregierung haben darauf hingewiesen, daß an eine gesetzliche Uänderung dieser Materie kaum gedacht werden könne, daß aber in weitgehendem Maße für die Interessen der sogenannten Lehrer-Pensionisten gesorgt werden sollte. Es sei ein Ministerialerlass vom 14. März d. J. ergangen, nachdem die Regierung bei Bestellung der Uänderung zu verfahren hätten. Ein Antrag für die Erhöhung der Pensionen ist nicht erforderlich. Es seien vorzugsweise die Emertien von vor 1888 zu bedenken, fernere die, welche ohne eigene Schuld in jüngeren Jahren pensioniert worden seien oder noch unversorgte Kinder haben, oder die wegen Krankheit oder sonstiger Hilfsbedürftigkeit besonderer Hilfe bedürftig; endlich würden die bereits über 70 Jahre alten Emertien zu bedenken sein. Neue Ermittlungen über die Vermögensverhältnisse sollten möglichst vermieden werden. Die Uänderungsbewilligung von 150 000 Mk. erhöht worden und sollten noch weiter erhöht werden, um die noch vorhandenen Lücken auszufüllen.

Der Kaiser in Stolz.

H. Stolz i. P., 5. Sept. Um 1 1/2 Uhr nachmittags traf das Kaiserpaar auf dem Bahnhofe in Stolz ein. Die Majestäten begaben sich im Automobil durch die festlich geschmückten Straßen unter dem Jubel der Bevölkerung zum Festplatz. Hier begrüßte der neue Oberbürgermeister den Kaiser und die Kaiserin mit einer längeren Ansprache, in der er sagte, daß die Jubelfeier der Stadt Stolz durch die Anwesenheit des Kaisers eine weltvolle, glänzende und bedeutungsvolle geworden sei. Der Kaiser gab sodann das Zeichen, daß die Hülle des Denkmals Kaiser Wilhelms I. fallen könnte. Nachdem dies geschehen war, brachte der Oberbürgermeister ein dreifaches Hoch auf den deutschen Kaiser aus. Als die Enthüllungsfest vorüber war, besichtigte der Kaiser eingehend das künstlerische Werk. Dar- auf begab er sich zu den Veteranen, an die er alle persönlich einige Worte richtete. Der Kaiser, der sich in bester Stim- mung befand, drückte jedem einzeln die Hand, begrüßte dann mehrere Offiziere und nahm den Vorbeimarsch der Greneskadron des Husarenregiments „Fürst Bischof von Walstatt“ ab. Darauf legten sich beide Majestäten wieder im Automobil nach der Stadt. Um 3 Uhr begab sich der Kaiser im Automobil nach Schmölsen, wo er auf dem königlichen Hausbesitzkommissariat die neuen Meliorationen be- sichtigte, während die Kaiserin im Automobil nach Deutsch- Karzin fuhr, wo sie den Grundstein zu einer Lun- gen- tuberkulose-Heilstätte für den Landkreis Stolz legte.

Die Rede des Kaisers.

H. Stolz i. P., 5. Sept. Bei der Besichtigung des Mal- hauses hielt der Kaiser folgende Ansprache:

Wir sind mit Freunden der Einladung der Stadt Stolz gefolgt, um auch diesen Landkreis zu besuchen, dessen Treue erprobt ist während seiner Zugehörigkeit zu unserm Hause. Ich bin zu dieser Feiertag gekommen, nicht nur wegen des Jubelfestes der Stadt Stolz, sondern auch zur Enthüllung des Denkmals, das man meinen seligen Groß- vater hier gesetzt hat. Die Stadt hat damit einen Beweis patriotischen Denkens gegeben, welcher der Bürgerseife zu hoher Ehre gereicht. Die lange Geschichte, welche die Stadt hinter sich hat, beweist, daß die Bürgerseife sich niemals in ihrer Treue zu meinem Hause geändert hat, von dem Zeitpunkt an, als sie unter der Herrschaft der Hohenzollern gekommen ist. Daß die Stadt im Laufe der letzten Jahr- gehnte sich so weit entwickelt hat, ist von ihrem Ober- bürgermeister zutreffend dem langdauernden Frieden zu- geschrieben worden. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß die Stadt auch fernerehin in der Entwicklung stets fort- schreiten möge. Auch habe ich mich zu meiner größten Freude davon überzeugen können, daß die Traditionen der Vorfahren in Stolz hochgehalten werden. Ich freue mich, der Stadt Glück wünschen zu können zu ihrer Zukunft und zu ihrer weiteren Entwicklung. Darauf leerte ich diesen Pokal.

Zur Religionsrede des Prinzen Ludwig von Bayern.

H. Berlin, 5. Sept. Zur Rede des Prinzen Ludwig von Bayern schreibt die „Presse“:

Ueber Glaubensfragen soll man nicht rechten. Es ist aber auffällig, daß der bayerische Thronfolger Gott dafür dankt, daß er von katholischen Eltern abstammt, während doch seine Großmutter Protestantin war, wie sich ebenfalls unter seinen Vorfahren mehrere Protestanten befunden haben. Daß die katholische Religion die einzig wahre und echte Religion ist, davon ist Prinz Ludwig überzeugt. Der- selbe würde kein Mensch etwas sagen, wenn er seine Überzeu- gung nicht öffentlich ausgesprochen hätte. Er möchte wissen, daß ein solches Bekenntnis aus seinem Munde eine größere Wirkung haben würde, als aus dem Munde eines beliebigen Bürgers. Die Protestanten in Bayern und im übrigen Deutschland haben natürlich eine andere Überzeu- gung, und die einzige Wirkung des Prinzenbekenntnisses kann nur die sein, auf sehr weite Kreise beschönigend zu wirken. Das aber ist nicht bei Herrschern und besonders bei solchen, die berufen sind, eine Krone zu tragen, angebracht; ebenso- wenig für den Norden wie für den Süden.

Bericht der Passagierfahrten des „L. Z. VI“.

Strahburg i. C., 5. Sept. Nachdem das „L. Z. VI“ seit kurzer Zeit nach Strahburg Passagierfahrten unternommen hat, wurde dies nunmehr bis auf weiteres von Berlin ver- boten, weil die Witter in der Lage sind zu werden, daß in der letzten Zeit vielfach Amerikaner und Franzosen mit dem Luftschiff Fahrten unternommen haben und befürchtet wird, daß die Passagiere von Luftschiff aus photographische Auf- nahmen würden anfertigen können. Die Gesellschaft hat die bereits bezahlten Gelder zur Teilnahme an den Fahrten des „L. Z. VI“ vorerst wieder zurückgezahlt.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nach- richten, Vermischtes und Sport: Erich Fildow; für das Feuilleton: Martin Feuchtwanger; für den Interenten- teil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Hendel, Esmühl in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließliche Unterhaltungsblatt.

Die monatliche Zusammenkunft der ehemaligen Kameradeninnen findet Mittwochs den 7. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr in Bad Wittenfeld statt. Frühere Besingende anderer Bezirksvereine sind willkommen.

Beigeborenen ehemal. Kameraden der Infanterie-Regimenter Nr. 26 und 66. Die nächste Monatsversammlung findet am 8. d. Mts., pünktlich 9 Uhr abends, im Vereinslokal Restaurant „Franziskanerhalle“, Gr. Märterstraße, statt. Ehemalige Angehörige der Infanterie-Regimenter 26 und 66 und solche, die bei diesen Regi- menten gedient haben und dem Verein noch fernstehen, sind will- kommen.

Kunst und Wissenschaft.

Chronik.

Für das 100jährige Jubiläum der Universität Breslau, das im nächsten Jahre gefeiert werden wird, ist die Ausprägung einer Denkmünze in Aussicht genommen. Das Kultusministerium hat einen entsprechenden Antrag bereits beim Finanzministerium ge- stellt. Es handelt sich um die Ausprägung von 100 000 Mark, die diesmal außer in 3 Mark-Stücken auch in 5 Mark-Stücken her- gestellt werden sollen. Die Ausgabe der Münzen soll im August 1911 stattfinden. Die Denkmünze für die Jubelfeier der Breslauer Universität ist in kurzer Zeit die vierte dieser Art. Es wurden zuerst Denkmünzen für das Jubiläum der Stadt Tauer, dann für die Universität Pötzing und für die Berliner Universität geprägt.

Maler Henry Rousseau. In Paris ist am Sonntag der be- kannte französische Maler Henry Rousseau gestorben. Rousseau hatte besonders als allegorischer Maler einen Namen.

„Der Schiffsteller“, beteiligt sich ein neues Fachblatt für Schiff- steller und Journalisten, das als Organ des Schiffsverbands Deut- scher Schiffsteller, Berlin W. 9, in dem Verlage O. Koster & Co., Berlin W. 15, vom 1. Oktober 1910 ab erscheinen wird.

Ein neues Metall entdeckt?

In den Werkstätten von Widens Sons und Maxim in Barrow hat man ein neues Metall entdeckt, dem man den Namen Duralu- min gegeben hat. Duralumin soll nur wenig schwerer als Aluminium sein, aber die Härte des Stahls besitzen. Die Firma beschäftigt das neue Metall in großen Massen herzustellen und wird zu diesem Zwecke besondere Werke in Birmingham errichten.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

car. Das Neue Volkstheater in Berlin sah Sonn- abend Otto Erich Hartleben's „Die Erziehung zur Ehe“. Man weiß wie Otto Erich lacht, wenn es heißt, die Pflichten und Moralheften zu behandeln und die „gute Familie“ einmal recht zu beleuchten. — Die Aufführung wurde durch entgegenge- nommenen. Die Einzeldarstellungen waren gut, im Zusammen- spiel setzte es ein wenig. Das Publikum folgte auf mehr den komischen Mienen der Darsteller als dem satirischen Unterton.

Im Stuttgarter Hoftheater erste am Sonnabend Gellert's Operendrama „Das Weib des Volken- den“ seine Uraufführung. Die literarischen Kreise hatten der Aufführung mit großem Interesse entgegengekommen, erlebten aber eine große Enttäuschung. In erster Reihe fällt das Stück drei Akte und ein Vorspiel. Von Handlung kann kaum die Rede sein. Es sind unzureichende religiös-philosophische Gespräche ohne Ende. Trotzdem fand das Stück eine lebhaft Aufnahme, da sich das Theater viel Mühe mit der Aufführung gemacht hatte und da der Namen über Gebühr glänzend war.

De S. „Biederleute“, satirische Komödie von Robert Miß. Nicht der trägt der Dichter auf und geht der Ehre- gesellenzeit und Kriecherei tüchtig zu Leibe; doch fehlt es der Hand- lung an befriedigendem Witz, auch spielt man in Friedrich Wilhelm- städtischen Schauspielhaus in Berlin, wo das Stück zum ersten Mal aufgeführt wurde, zu langsam. Die Aufführung fand geteilte Aufnahme.

car. Die Erstaufführung von „Der Arzt wider Willen“, lustige Oper in drei Akten nach Molieres „Le médecin malgré lui“ von Jules Barbier und Michel Carré, Musik von Charles Gounod, hatte am Sonnabend in der Berliner Komischen Oper starken Erfolg, den die Oper auch verdient. In vortrefflicher Weise illustriert die Musik den Text. Es wäre zu wünschen, daß sich die Oper noch viele deutsche Bühnen erobert.

Vermischtes.

Die letzte Patronen.

Man schreibt der „Post“ aus Paris: Der letzte lebende der tapferen Verteidiger des „Houles der letzten Patronen“ in Bagelies ist der Major des Infanterie-Regiments Herr W. n. n. n. der seine alten Tage in Paris verbringt. Ein Anschlag hatte ihn am vierzigsten Jahrestage des mörderischen Kampfes aufgeschlo- den und ihn nach seinen Erinnerungen gefragt. Der alte Offizier erzählte:

Mittags standen wir, die letzten Trümmer meines Regiments, vor der Kirche von Bagelies. Major Lambert war eben von einem Granatsplitter, der ihm einen Knöchel perforierte, niedergeworfen worden. Er raffte sich auf und lebte sich in die nächste Wand. „Kinder!“ schrie er plötzlich, „gehen wir in dieses Haus!“ Er zeigte auf ein verlassenem Wirtshaus. „Wir müssen uns öffnen, um den Rückzug zu sichern.“ Ich fand neben ihm. Zwei meiner Leute schoben den Major Lambert unter die Arme und trugen ihn weg, als er ging, durch eine Dorndorfsche am Strobenrand in das Häg zur Straße folgende Wirtshaus. Untermwegs nahmen wir den gefallenen Kameraden des Regiments ab, mit denen wir unsere Beutel und Taschen vollstopften. Major Lambert wurde auf einen Strohsack an der Wand gelegt und erweckte von dort seine Befehle mit seltsam ruhiger Stimme. Ich selbst hatte den Auftrag, ein Speicher zu verteidigen. Ich tat mein Möglichstes. Auf jeden Schuß meines Chassepots lag ich eine dunkle Uniform hinfallen. Ich begriffe heute nicht, wie ich so sicher zielen konnte. Uns umgab ein furchterlicher Tumult. Ueberall Flammen, Pfeifen, Ladeschreie. Aber je näher uns der unabwendbar scheinende Tod trat, umso ruhiger wurden wir. Neben mir schoß ein blaueschweißes Büchsenfeuer von zwanzig Jahren methodisch. Pünktlich hörte ich den Schrei: „Maman!“ Ich wandte mich um. Das Büchsenfeuer war gefallen, die Faust um sein Gesicht zusammengestampft und im Begriffe, den Geist aufzugeben. Bald waren wir nur noch fünf auf dem Speicher aufsteht. Die anderen rückten. Die Granaten begannen uns nach zu fallen und zu zerplatzen. Da trat Hauptmann Lambert zu uns. Ein furchtbarer Mann, dieser Offizier. Er schoß wie nach der Scheibe. Hinter einer Heinen Bede, die das Haus umgab, häuften die Leichen der Deutschen sich auf. Schreie stiegen

zu uns auf: „Franzosen, ergabt euch! Ergabt euch!“ Der Erschütterer will sogar die deutsche Ausdrucksweise „Rendez-vous“ für „Rendez-vous“ unterdrücken haben. So lange Schußbedarf vorhanden war, dachte niemand daran. Pünktlich fand ich nichts mehr, als ich die Hand in die Tasche steckte. Die Bayern schrien immerzu: „Ergabt euch, Franzosen!“ Da erhob der Major seine Stimme: „Meine Freunde, ihr habt eure volle Schuldigkeit getan. Mehr könnt ihr nicht!“ Aber ein alter, geriebener Korporal, Pulvergeschwärtz und Wahnsinn im Bild, murmelte: „Ans ergeben, Major? Und die da, haben sie sich etwa ergeben?“ Er zeigte auf unsere gefallenen Kameraden und fuhr zu uns gewendet fort: „Dem ersten, der vor Uebergabe spricht, jage ich eine Kugel in die Brust.“ Sprach's und fehrte zu seiner Schießscharte zurück.

Die Stellung war indes nicht mehr zu halten. Der Fußboden brach durch, die Wände sanken zusammen. Wieder sprach Major Lambert: „Wie viel seid ihr noch?“ Wir zählten uns: „43 von 200, die wir gewesen waren.“ Der Major ließ sich von zwei Sol- daten hinuntertragen, öffnete die Haustür und machte vor den dort Stauenden und Lötenden einen Augenblick lang letzten unglücklichen Bayern mit dem Degen, dessen Spitze noch unten gefehrt war, ein Zeichen. Wir zweifeln nicht daran, daß man uns glatt tot- geschossen werde. In der Tat drängten die bayerischen Soldaten wütend auf uns ein, die Bajonette berührten bereits unsere Brust. Da stürzte sich ein Kriecher, dessen Brust Orden bedeckten, zwischen uns und die feindlichen Soldaten und bereitete die Arme aus. Die Soldaten wichen zurück. Langsam trat er auf Major Lambert und seine Begleiter zu, die das Geleitzgewehr in die Scheibe gesteckt hatten, und umarmte sie. Es war der bayerische Haupt- mann Kissanlo. „Meine Herren Franzosen“, rief er, „Brave! ich begrüße Sie!“ Hauptmann Aubert, der furchtbare Schütze, stand neben ihm und meinte: „Mein Herr“, jagte ihm der deutsche Offizier, „Selden meinen nicht. Ihre Ehre ist rein. Ich verlange von meinem Hauptfeindlichen, dem Prinzen Friedrich, die Erlaubnis, Ihnen Ihre Waffen zu lassen, obgleich Sie uns viel Böses zugefügt haben.“

Eine Stunde später waren wir, Gabel an der Seite, Gewehr über, an der Front des deutschen Heeres vorrückt, das vor uns das Gewehr präsentierte. Die weißen Kürassiere standen unbeweglich, Palafische hoch, in ihren Brustpanzern voll Beulen von fran- zösischen Kugeln. Das war schön, aber das war schön.“ Und be- sonders schön ist es, wenn man sich einer derartig einzigen Stunde vierzig Jahre später in guter Gesundheit und mit heißen Gliedern erinnern kann. Dann kommt es auch nicht darauf an, daß das Gedächtnis manche Einzelheiten vielleicht nicht ganz genau be- halten hat. . . .

Einem furchtbaren Tod haben zwei Kinder in Remscheid er- litten. Ein achtjähriges Schulfädchen, das in einem Handwagen zwei Knaben von drei und vier Jahren spazieren fuhr, vor der Gemalt über das Gefährt, das plötzlich filterlos die steile Straße hinabrollte und mit einem mit Köhlen beladenen Wagen zu- sammenstieß. Der Handwagen ging bei dem Anprall in Trümmer. Die Kinder wurden unter die Räder des Kohlenwagens geschleudert und furchtbar vermischt. Beide Kinder erlagen alsbald den erlittenen Verletzungen.

Hunderttausend Mark bei Einbrechern beschlagnahmt. Die furchtbar in Köln verhaftete dreißigjährige Einbrecherbande hat ein- gefangen, in zehn Städten, und zwar in Frankfurt, Kassel, Ham- burg, Berlin, Aachen, Erfurt, Wien und Prag, Einbrüche verübt zu haben. Dagegen legten die Verhafteten, den am 10. August in München verurteilten Kaufmann begangen zu haben. Die Kriminalpolizei hat in einer kleineren Herberge ein dort ein- brechendes gebürtiges Palet mit Wertpapieren im Werte von hundert- tausend Mark beschlagnahmt, die aus dem Einbruch in Frankfurt herrühren können.

Das genähte Herz. Im Krankenhaus in Schwäbisch am Inn in Oberfranken ist einem Mann, der während einer Krankheit einen Stich ins Herz erhalten hatte, vom Primärarzt Dr. Faschig das Herz genäht worden. Der lebensgefährlich verletzte Patient, dem außerdem Leber und Zwölffinger verlegt worden waren, konnte nach vierwöchigem Heilverlauf vollkommen gesund aus dem Kran- kenhause entlassen werden.

Ein betrügerischer Theaterrichter verurteilt. Der Direktor des Bremer sogenannten „Antimen Theaters“ Erich Kremier wurde in contumaciam vom Bremer Amtsgericht wegen Betruges und Unterschlagungsversuchs zu vier Monaten Gefängnis und fünf- jähriger Beweisung aus dem Kanton Senz verurteilt. Kremier hat einen Register aus Berlin durch betrügerische Angaben um 2000 Frank geschädigt. Auch gegenüber Schauspielern ließ er sich Betrügeereien zuschulden kommen.

Niesbrand in den Londoner Docks. In den Londoner Docks fand eine heftige Feuerbrunst in dem großen Leinwand- und Deckungswarenlager von Armstrong and Co. in der Docks Road zu Millwall statt. Eine ganze Feuerwehreinrichtung mit 26 Dampf- spritzen bekämpfte den Brand. Das hochentzündliche Material in dem Warenhaus erzwangte die Völscherarbeit enorm; die zehlfache Feuer- und Rauchauslässe war weithin sichtbar, und Tauende Drei- stündiger drängten sich an den Ufern des Kais. Endlich nach drei- stündiger Arbeit wurde man des Feuers Herr, nachdem die Werk- stoffe vollständig ausgebrannt war. Der Schaden wird auf vierhundert- tausend Mark geschätzt.

Vom Untergang des Dampfers „Devonian“. In Boston traf eine dramatische Depesche von dem Passagierdampfer „Devonian“ der Newland-Union ein, die meldete, daß der „Devonian“ in der Nähe der großen Bank von Newfoundland den Dampfer „Westpoint“ in vollen Flammen antrat. Dem „Devonian“ gelang es, 16 Mann der Besatzung zu retten, doch 13 einschließend des Kapitäns fielen, und man fürchtet, daß die Umländer. Der „Westpoint“ ging nach dem Brand bei der großen Bank unter. Er war ein Stahl- Schraubenschiff von 3074 Tonnen und gehörte der Norfolk and North American Steamshiping Company. Er lieferte unter kri- tischer Flagge. Das White Star Bureau zu Boston erhielt eine dramatische Depesche, daß der „Westpoint“ von Glasgow nach Charleston dampfte, und die Eigentümer des „Westpoint“, Simpson and Young in London, erhielten ein Telegramm, daß das Feuer a. h. hoher See ausbrach und eine volle Woche wütete. Der Kapitän des „Devonian“ habe 16 von der Mannschaft, die in einem der Boote abgehoben waren, aufgenommen, ein zweites Boot, das wahrscheinlich achtzehn Mann enthielt, einschließend des Kapitäns, sei verlohren. Der „Devonian“ ist in Newport fällig.

Neuer Einfluß beim Kemperer Stadthaus. Bei den Aus- sachtungsarbeiten am Kemperer Wirtshausgebäude gegenüber der Brookliner Brücke ist ein zweiter Einfluß erfolgt. Der Ver- lehr auf der Hochbahn mußte eingestellt werden, weil der Oberbau gefährdet ist. Der verurteilte Schaden ist bedeutend.

Die Einwohnerzahl von Groß-Newport. Nach der letzten Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner von Groß- Newport 4 766 883; das bedeutet eine Zunahme um 1 329 681 gegenüber dem Bevölkerungsstande von 1900.

Unterhaltungsblatt.

Die 13 manns. Roman von F. Courths-Walder. (Fortf.) — Bunte Zeitung. — Literatur.



